

Die Protestkundgebungen gegen das Steuereinhaltungsgezet.

Äußerungen des Staatssekretärs für Finanzen.

Staatssekretär Steinwender nahm heute die Protestkundgebungen gegen das Steuereinhaltungsgezet zum Anlaß, um dazu vor Vertretern der Presse Stellung zu nehmen. Der Staatssekretär wies zunächst auf die äußerst ungünstige finanzielle Lage Deutschösterreichs hin und führte sodann u. a. folgendes aus:

Der Voranschlag für das nächste Halbjahr schließt mit einem Defizit von 1000 Millionen Kronen. Auf das ganze Jahr gerechnet, macht dies ein Manko von zwei Milliarden, für das unbedingt eine Deckung geschaffen werden muß. Die finanzielle Lage des Staates ist dabei um so trostloser, als alle Mahnungen des Staatssekretariats für Finanzen zur Einschränkung in den Ausgaben einfach nicht gehört werden. Das Heerwesen verschlingt allein 340 Millionen Kronen und eine Pragmatifizierung der Postbediensteten wird weitere 100 Millionen notwendig machen. Unter solchen Umständen sind neue Einnahmen unbedingt notwendig und vor allem muß dafür Sorge getragen werden, daß die in den letzten Jahren nicht bezahlten Steuern endlich einmal zur Ablieferung gelangen. Andernfalls würde Deutschösterreich jeden Kredit verlieren, was bei der heutigen Sachlage einfach den Zusammenbruch herbeiführen würde. Ein Gesetz zur beschleunigten Einhebung der rückständigen Steuern ist daher unter allen Umständen notwendig, eine Tatsache, der sich auch die Nationalräte Licht und Friedmann, die zum Teil gemeinsam an dem Entwurf des Steuereinhaltungsgezetes mitgearbeitet haben, nicht verschließen konnten. Trotzdem wird jetzt eine lebhafte Agitation gegen dieses Gesetz in Szene gesetzt. Man befürchtet offenbar zweierlei. Erstens die hohen Strafzinsen, die nach dem Steuereinhaltungsgezet zur Anwendung kommen, und zweitens die Vermögensabgabe, die sich mehr und mehr nähert. Es kann nun nicht geleugnet werden, daß dieses Gesetz, das in der Eile entworfen werden mußte, seine Fehler und Härten hat und es wird daher kein Anstand genommen werden, diese Mängel ehestens zu beseitigen. Es sind auch Fälle vorgekommen, wo die Organe der Steuerbehörde bei der Steuerveranlagung irrtümlicherweise nicht ordnungsgemäß verfahren sind. Doch diese Fälle sind übertrieben und in unerhörter Weise ausgeschlachtet worden. Was den Fall Dr. Bartosch anbelangt, der angeblich wegen der erdrückenden Steuervorschreibung aus dem Leben gegangen ist, so ist dieser Mann in den beiden Vorjahren nach seiner eigenen Fassung besteuert worden und erst heuer hat er eine um 8000 Kronen höhere Steuervorschreibung erhalten. Diese Differenz kann um so weniger der Grund zu dem Selbstmord sein, als der Mann vor nicht allzu langer Zeit ein Haus gekauft hat, das er zur Hälfte in bar bezahlt hat. Was endlich den Fall Janowits betrifft, so hat die Steuerbehörde mit diesem Manne überhaupt nie etwas zu tun gehabt, da sein Chef — Janowits war Angestellter — die Steuer für ihn vom Gehalt in Abzug zu bringen pflegte. Eine Uebertreibung ist es ferner, wenn immer von der Unterdrückung des Mittelstandes gesprochen werde. Die Steuervorschreibungen, die bis zum 18. d. gemacht worden seien, haben vorzugsweise lauter sehr gut situierte Leute getroffen. Nur in 600 Fällen kamen Steuerträger mit weniger als 50.000 Kronen in Frage. Dagegen wurden in 1000 Fällen Leute mit einem Einkommen von 50.000 bis 100.000 Kronen und in 2000 Fällen solche mit einem Einkommen von 100.000 bis 200.000 Kronen veranlagt. Das sind doch keine Angehörigen des Mittelstandes, ebensowenig wie die Mitglieder der Börse, die gleichfalls für den kommenden Montag einen Streik angesagt haben. Auch von vielen Gewerbetreibenden, z. B. von den Fleischern kann man zumeist nicht sagen, daß sie nicht imstande sind, die vorgeschriebenen Steuern zu tragen. In Desterreich ist zwar die Steuermoral nie eine besonders hohe gewesen; aber wenn sich jetzt gerade die Bestituierten gegen die Einzahlung selbst der rückständigen Steuern sträuben, so ist das schon mit Rücksicht auf die andere Bevölkerung sehr zu bedauern. Wird nicht für die Deckung der Ausgaben gesorgt — und dies ist nur durch Steuern möglich — so kommen die Beamten und auch die stellenlosen Arbeiter um ihr Gehalt, bzw. ihre Unterstützung. Hunderttausende wären dann mit einem Schlage brotlos und dann wäre der Weg für den Bolschewismus geebnet."